



**SPD • Pulverwiesen 11 • 73726 Esslingen a. N.**

**HAUSHALT 2025**

**Zweite Lesung  
Donnerstag, 07. November 2024**

**Haushaltsrede**  
Es gilt das gesprochene Wort.

"Es ist besser, eine Kerze anzuzünden, als die Dunkelheit zu verfluchen."

Sehr geehrter Herr Landrat,  
Liebe Kolleg:innen,  
Liebe Zuhörer:innen,

mit den Worten der Diplomatin, Frauen- und Menschenrechtsaktivistin Eleanor Roosevelts, der selbstbewussten First Lady des demokratischen und weltoffenen Präsidenten, möchte ich aus aktuellem Anlass beginnen. Roosevelt als starke Frau erinnert uns daran, dass wir nur durch **aktives Handeln und Optimismus**, Licht ins Dunkle bringen und unsere Zukunft gestalten - nicht mit Trübsal, Pessimismus oder Weltuntergangsstimmung. Das soll uns auch heute trotz allem ein Motto sein.

Seit dem vergangenen Jahr sind die Krisen und Unsicherheiten weltweit gestiegen – sei es der Klimawandel, die wirtschaftlichen Herausforderungen, die Auswirkungen globaler Konflikte oder die Ergebnisse der US-Wahl.

Seit gestern Abend ist der Aufzählung noch eine weitere Herausforderung hinzuzufügen. Das Ampel-Ende kommt zur absoluten Unzeit. Es braucht ein klares Signal der Handlungsfähigkeit und der Übernahme von Verantwortung Deutschlands und Europas in dieser Zeit – keinen Wahlkampf. Nach häufigen öffentlichen Streitereien, nach einem 18-Punkte-Scheidungsprotokoll, nach durchgestochenen Neuwahl-Forderungen ist das Fass übergelaufen, das Vertrauen aufgebraucht. Es ist äußerst bedauerlich und vollkommen unverständlich, dass von Seiten der Lindner-FDP die gerade in einem Dreierbündnis notwendige Kompromissfähigkeit zulasten unseres Landes in dieser Situation aufgekündigt wurde.

Die Reaktion des Bundeskanzlers ist damit folgerichtig und konsequent. Es braucht eine klare Haltung, die der Kanzler gestern in seltener Deutlichkeit zum Ausdruck brachte. Wir erwarten von der übrigen Regierung und dem ganzen Parlament nun, dass diese Stabilität in Vorbereitung auf die neue Trump-Administration, im Umgang mit unseren wirtschaftlichen Herausforderungen, bei der Unterstützung der Ukraine und dem Streben nach Frieden im Nahen Osten fortbesteht und damit ein verlässlicher Übergang gestaltet wird.

Wir sind überzeugt: Es braucht eine Perspektive, die Chancen und Wege zeigt, die Herausforderungen in unserer Welt positiv zu gestalten. Es

braucht dabei aber auch ein stärkeres Brückenbauen, eine gemeinsame Kompromissfähigkeit und sichtbare Handlungsfähigkeit. Das ist die beste Medizin gegen wachsende Verunsicherung und scheinbar einfache Lösungen, einen Schein-Masterplan.

Dabei kommt es auch auf uns in der Kommunalpolitik an. Wir in der Kommunalpolitik müssen besonders zuversichtlich sein, nicht nur um die Herausforderungen der Gegenwart zu meistern, sondern auch, um den Weg in eine bessere Zukunft zu ebnen. Es geht darum, dass wir Perspektiven schaffen, dass wir den Menschen im Landkreis Esslingen zeigen, dass wir mutige Schritte gehen und gemeinsame Kompromisse suchen – für eine lebenswerte, gerechte und nachhaltige Zukunft.

[Landkreis]

Für uns stehen diese Perspektiven auch unter dem Neubeginn eines neuen Landrats und neuen Kreistags. Lassen Sie mich daher die erste Haushaltsrede mit Ihnen, sehr geehrter Herr Landrat Musolf und mit Ihnen werte Kolleg:innen, für einige grundsätzliche Überlegungen - vor der Klammer – nutzen.

Der Landkreis Esslingen ist ein starker Landkreis, mit einer guten Ausgangslage für die künftigen Herausforderungen. Darauf können und dürfen wir uns nicht ausruhen. Von dieser starken Ausgangslage gilt es mutig und beherzt gemeinsam vorzugehen. Dazu passt es, wenn unser neuer Landrat in seiner ersten Sitzung nicht nur eingesetzt, sondern zugleich auch mit dem Haushalt direkt und ohne Vertun ins Handeln kommt - und dabei Signale sendet, die wir gerne positiv unterstreichen wollen:

Die Herausforderungen der Zukunft gestalten wir nur gemeinsam, Verwaltung und Kreistag, Landkreis und Kommunen, Staat, Wirtschaft und Gesellschaft.

"Nur gemeinsam" steht nicht nur für eine Floskel, sondern für das Ringen und Bewerten miteinander, wer welche Aufgabe und Herausforderung wie am besten übernehmen kann. Für uns ist dies eine Herangehensweise für viele politische Handlungsfelder: Sie gilt in der staatlichen oder interkommunalen Zusammenarbeit aber auch im Zusammenspiel mit Freien Trägern und ist – auch im Sinne gelebter Subsidiarität – notwendig. Und sie reicht von der ärztlichen Versorgung bis zum Klimaschutz.

Anders lassen sich die zahlreichen Herausforderungen mittel- und langfristig weder personell, noch finanziell bewerkstelligen. Aber es geht

nicht nur um ein schlichtes Weniger, sondern ein Mehr-, einen Mehrwert: Es bietet die Chance, die anstehenden Transformationen durch die Konzentration auf Wesentliches und die Kompetenzen jeweils unterschiedlicher Akteur:innen sicherzustellen.

Als SPD-Kreistagsfraktion ist für uns eine solche gemeinsame Priorisierung und Ausrichtung zentral. Eine mögliche Entwicklung dahingehend sahen wir vor einigen Jahren bereits in der Einführung einer Nachhaltigkeitsberichterstattung und -steuerung. Wir sind gespannt darauf, die nun erarbeiteten Ideen hierzu noch im Verlauf dieses Jahres erstmals vorgestellt zu bekommen.

Zur Priorisierung zählt auch eine Prüfung dessen, was wir lassen wollen. Wir teilen die Auffassung der Regierungspräsidentin Bay zu Ihrem Antritt, dass dies auch eine ehrliche Reflexion der gemeinsam gesetzten Standards erfordert. Am leichtesten können wir dabei auf alles verzichten, was sich ohnehin nicht als nützlich erweist. Stichwort Bürokratie. Mit dem Bürokratieentlastungsgesetz der Landesregierung soll nun eine solche Regelung zum modellhaften Verzicht geschaffen werden. Wir hoffen darauf, dass das Land es hier Ernst meint mit der Entbürokratisierung - und wollen diese Chance auch in unserem Landkreis nutzen.

Kommen wir zum Haushalt:

Der Haushalt ist mehr als ein Feilschen um die Kreisumlage, er eröffnet die Gelegenheit, über grundsätzliche Ziele und Schwerpunkte zu beraten und damit auch eine Perspektive zu bestimmen.

Als SPD setzen wir hier einen Schwerpunkt auf den Erhalt der sozialen Sicherheit und des Zusammenhalts. Daher richten wir unseren Fokus auf vier Themenkomplexe:

### **1. Ärztliche Gesundheitsversorgung – Gute Versorgung sicherstellen**

Die Gesundheitsversorgung wird ein immer zentraleres Thema. Die Kliniken in Deutschland befinden sich in einer tiefgreifenden Krise: Überlastung, finanzielle Schieflage und Personalmangel und immer komplexer werdende Behandlungen machen es zunehmend schwerer, eine angemessene und flächendeckende Versorgung sicherzustellen. Um es klar zu sagen: Eine Reform ist notwendig. Die Gesundheitsreform steht vor der Herausforderung, ein System zu schaffen, das sowohl die hochwertige Qualität der Versorgung als auch die finanzielle und personelle Leistungsbarkeit für die Zukunft sichert. Das geht nur durch

eine stärkere Bündelung. Und gleichzeitig ist der Wunsch nach einer ortsnahen Versorgung berechtigt und notwendig. Wir sehen in der Stärkung der Ambulantisierung einen wichtigen Baustein.

Für uns im Landkreis Esslingen müssen wir allerdings ergänzen: Wir sind bereits einige Schritte in diese Richtung gegangen – Landesminister Lucha bezeichnet uns gar als „Benchmark“. Dies darf nun nicht durch eine strukturelle Unterfinanzierung gefährdet werden.

Aber für uns gilt auch: Eine Benchmark ist Lob und Anspruch zugleich: Denn wir werden noch weitere Schritte gehen müssen. Wir halten auch an dieser Stelle ein proaktives selbstgestaltendes Handeln für notwendig.

Eine immer größer werdende Herausforderung liegt in der Sicherung der (haus- und fach-)ärztlichen Versorgung - ein von Ihnen, Herr Landrat, zurecht gewählter erster Tätigkeitsschwerpunkt und Akzent. Gerade in ländlichen Regionen, aber auch in städtischen Randbereichen erleben wir immer häufiger, dass Haus- und Fachärzt:innen ihren Praxisbetrieb einstellen oder keine Nachfolge finden. Diese Entwicklung betrifft viele Menschen, insbesondere ältere Menschen, die auf regelmäßige Arztbesuche angewiesen sind. Wir unterstützen hier ein proaktives - gemeinsames, interkommunales - Handeln und neue Lösungen, um die ärztliche Versorgung im Landkreis langfristig sicherzustellen. Für uns ist auch die Übernahme einer größeren Verantwortung des Landkreises, u.a. durch medizinische Versorgungszentren zu prüfen.

Bei alledem glauben wir, dass wir hierzu einen intensiven Austausch mit allen relevanten Akteur:innen benötigen. Als SPD halten wir eine neu ausgerichtete Gesundheitskonferenz für einen richtigen Ort hierfür. Dies möchten wir Ihnen, Herr Landrat, gegenüber anregen.

## **2. Bezahlbares Wohnen - ein Grundrecht für alle**

Wohnen ist die soziale Frage unserer Zeit. Zentral bleibt die Schaffung von bezahlbarem Wohnraum. Der Wohnungsmarkt im Landkreis Esslingen ist weiter angespannt. Die Nachfrage übersteigt bei Weitem das Angebot, und die Mietpreise sind in den letzten Jahren kontinuierlich gestiegen. Familien, junge Menschen und auch viele ältere Menschen

können sich zunehmend keine adäquaten, insbesondere sanierten oder barrierefreien Wohnungen mehr leisten.

Unser Ziel muss es sein, dafür zu sorgen, dass alle Menschen – egal ob jung oder alt, ob alleinstehend oder in einer Familie – ein bezahlbares Zuhause finden. Wir sehen hier die Notwendigkeit sich im Landkreis miteinander und mit den Partner:innen sich diesem Thema stärker anzunehmen.

Der Landkreis kann und muss aber auch selbst als Vorbild vorangehen, auch um mögliche Fachkräfte als Mitarbeitende zu gewinnen und zu binden. Wir beantragen daher, eine Konzeption für Wohnraum für Mitarbeitende des Landratsamts zu erstellen.

### **3. Klimaschutz und Mobilität sozial gerecht gestalten**

Der Klimaschutz ist die größte Herausforderung unserer Zeit. Im Jahr 2024 werden wir nach heutigen Prognose erstmals weltweit einen durchschnittlichen Temperaturanstieg um als 1,5 Grad erleben. Noch können wir gegensteuern. Wir müssen jetzt die Weichen stellen, um auch künftigen Generationen eine lebenswerte und gesunde Umwelt zu hinterlassen.

Dies ist nicht nur ökologisch, sondern auch ökonomisch geboten: Denn die Kosten des Klimaschutzes rund **sechs Mal geringer** als die Kosten der Bewältigung der Klimafolgen. Wir haben es in der Hand diesen Wandel als Chance zu gestalten. Wer, wenn nicht wir, die starken Industrienationen? Wer, wenn nicht wir, als Land der Tüfler:innen, das für sich den Anspruch erhebt, Technologieleitmarkt und Exportnation zu sein, vermag es sonst zu lösen?

Als Sozialdemokrat:innen ist die Bekämpfung des Klimawandels aber nicht nur ökologisch und ökonomisch, sondern vor allem auch sozial geboten: Denn der Klimaschutz ist vor allem eine soziale Frage. Gerade diejenigen, die weniger Mittel zur Verfügung haben, sind besonders betroffen. Wir tragen eine lokale UND globale Verantwortung für diejenigen, die es selbst nicht leisten können oder gar durch unseren Mehrverbrauch selbst in Not - Stichwort Klimaflüchtlinge - gebracht werden.

Konkret heißt dies: Wir als SPD-Fraktion sind der Überzeugung, dass der Landkreis Esslingen ein Vorbild für Klimaschutz sein kann und muss. In diesem Zusammenhang begrüßen wir die umfangreichen Investitionen

in der Photovoltaik-Strategie, die wir vor einigen Jahren beantragten. Ebenso freuen wir uns über die Fortschreibung des Masterplans für die Kreisimmobilien, um im Bereich der Sanierung eine Grundlage für ambitionierte Schritte gehen zu können. Wir wollen weiter mit gutem Beispiel vorangehen und konkrete, messbare Ziele setzen. Ein entscheidender Schritt in diese Richtung ist für uns die Klimaneutralität der Landkreisverwaltung bis 2035.

Ein zentrales Handlungsfeld zur Erreichung unserer Klimaschutzziele liegt in der Gestaltung der Verkehrswende hin zu mehr nachhaltiger Mobilität. Wir unterstützen daher alle Maßnahmen zur Verbesserung des Angebots sowie die Schienenausbauvorhaben.

Mobilität muss aber für alle bezahlbar bleiben. Preissenkungen steigern eben nicht nur die Nachfrage, sie sind auch essentieller Bestandteil einer nachhaltigen UND sozialen Mobilitätswende. Angesichts steigender Ticketpreise - allen voran des 49€-Deutschlandtickets sowie des 365€-Jugendtickets, halten wir eine gemeinsame Ausgestaltung eines Solidartickets im VVS für notwendig.

Hier gibt es viel zu tun. Wir begrüßen daher die Reflexion und mögliche Neuausrichtung der AG ÖPNV durch Sie, Herr Landrat. Wir erwarten eine langfristige Perspektivplanung für den ÖPNV in unserem Landkreis, der über einzelne NVP Zyklen hinausgeht.

[Schließlich komme ich zu unserem vierten Schwerpunkt]

#### **4. Chancengleichheit durch Bildung**

Bildung ist der Schlüssel zu Chancengleichheit und Teilhabe. Der Stellenwert von Bildung kann nicht hoch genug geschätzt werden.

Umso erstaunter sind wir über die lange Hängepartie in der Entscheidung über die Ansiedlung des Zukunftsberufs der Zweiradmechatroniker im Landkreis Esslingen.

Auch in den Sonderpädagogischen Bildungs- und Beratungszentren stehen wir vor großen Herausforderungen. Das in der UN-Behindertenkonvention verankerte erstrebenswerte Ziel einer inklusiven Gesellschaft ist angesichts der desolaten personellen und finanziellen Unterstützung und Ausstattung praktisch weiterhin unerreichbar - trotz vieler kleiner positiver Schritte in unserem Landkreis.

Es wird spürbar, weshalb Ministerpräsident Kretschmann die Bildungspolitik in der Schwarz-Schwarzen-Koalition bis zum jetzigen Reformpakt am liebsten ausgeklammert hatte: Es fehlt an einer

gemeinsamen Gesamtperspektive für unser Bildungssystem in Baden-Württemberg. Von der Lehrkräfteversorgung, allen voran in SBBZ, über die notwendige Finanzierung für die notwendige Schulbegleitung, der Nachmittags- und Ferienbetreuung an SBBZ bis hin zur Digitalisierung der Schulen besteht immenser Finanzierungs- und Handlungsbedarf - und landespolitisch kaum Gestaltungswille.

Ganzheitliche Bildung endet aber nicht auf der Schulbank, sie umfasst ein gelingendes Aufwachsen, die Persönlichkeitsentwicklung und Wertebildung junger Menschen. Das könnte auch für einen gut gestalteten Ganzttag gelten. Die Realität sieht allerdings anders aus: Der Rechtsanspruch auf Ganztagsbetreuung ist das jüngste Beispiele für eine völlig misslungene Umsetzung. Anderthalb Jahre vor dessen Inkrafttreten wird dieser in Baden-Württemberg de facto ausgesessen - und gipfelte in der Sommerzeit in der angemeldeten Lotterie um Fördermittel.

Ein Lichtblick bleibt uns beim Blick in den Landkreis: Angesichts der großen Herausforderungen in unserem Land, halten wir die Förderung der Demokratiebildung für wichtiger denn je: Daher freuen wir uns über die anvisierte Verstetigung des Kreisengagements, das wir vor einigen Jahren gemeinsam mit der Fraktion die Linke initiierten. Davon brauchen wir mehr. Denn präventive Maßnahmen wie in der Kinder- und Jugendarbeit oder der Integrationshilfe sind der Schlüssel für mehr Resilienz in unserer Gesellschaft.

## **5. Finanzen**

Die letzten Worte gelten wie gewohnt den Finanzen:

Mit dem diesjährigen Haushalt erhöht sich die Kreisumlage um 43 Mio. Euro. Angesichts der steigenden Anforderungen und Herausforderungen und der erkennbaren Bemühungen um eine realistische Planung, tragen wir dies in diesem Jahr mit.

Wie wir künftig verfahren wollen, soll im kommenden Jahr im Rahmen einer Klausur beraten werden. Das entspricht ganz unserem ursprünglichen Anliegen und begrüßen wir sehr.

Besonders hervorheben möchten wir: Die angesichts einer Rekordinvestition ansteigende Verschuldung des Landkreises sinkt bereits in der mittelfristigen Finanzplanung auf das Anfangsniveau des Jahres 2024 ab. Dies ist für uns eine positive Prognose.



Nachwievor kritisch ist die fehlende Konnexität für kommunale Aufgaben. Das gilt gegenüber Land und Bund.

Einmalig und das Geheimnis des Landes bleibt es allerdings, dass das Land trotz miserabler Haushaltslage der Kommunen selbst eine zusätzliche Rücklage für Haushaltsrisiken von 9 Mrd. € bis Ende 2026 plant. Eine solche Risikorücklage können sich die (meisten) Kommunen schon lange nicht mehr leisten. Eine solche Risikorücklage geht damit direkt zulasten der Kommunen: Spart das Land doch am Ausgleich an anderer Stelle.

Und eine solche Stelle zeigt sich offenbar im Bereich der Flüchtlingszuweisungen des Bundes, die das Land ab 2025 erstmalig nur noch zu 50% den Kommunen weiterreichen will. Das alles halten wir für unvertretbar und erwarten vom Land hier, die Kommunen stärker zu entlasten.

[Schluss]

Ich komme zum Schluss.

Der **soziale Zusammenhalt** ist das Rückgrat unserer Gesellschaft. Er gibt uns nicht nur die Kraft, schwierige Zeiten gemeinsam zu überwinden, sondern stellt sicher, dass **niemand zurückgelassen** wird – unabhängig von Herkunft, Alter, sozialem Status oder Gesundheitszustand.

Gerade in den letzten Jahren haben wir erlebt, wie wichtig es ist, dass wir füreinander da sind, dass wir einander unterstützen und gemeinsam Lösungen finden. Ob es die **Folgen der Corona-Pandemie**, die steigenden **Lebenshaltungskosten**, die **globalen Konflikte** oder die **Herausforderungen der Klimakrise** sind – der soziale Zusammenhalt wird durch diese Krisen auf die Probe gestellt. Zur Realität zählt allerdings auch: All diese Krisen treffen uns in unserer Gesellschaft durchaus sehr unterschiedlich. Darum gilt für uns als SPD: Trotz aller Herausforderungen müssen wir die soziale Infrastruktur und Daseinsvorsorge in unserem Land sicherstellen. Wir dürfen notwendige Kosten der Transformation nicht gegen soziale Infrastruktur ausspielen. Wenn wir als Gesellschaft zusammenhalten, können wir diese Herausforderungen meistern.

Mit einem trotzig optimistischen Blick in die Zukunft, gehen wir in die anstehenden Beratungen und freuen uns auf den Wettstreit der Ideen und Perspektiven, der eine Demokratie gerade ausmacht. Vielen Dank.